

Frankenberger Tageblatt

Bezirks-Anzeiger



Das Tageblatt erscheint am jeden Werktag: Monats-Maandpreis
ab 1. Werk: Bei Abholung in den Buchhandlungen der Stadt 1.80 M.,
in den Buchhandlungen bei Buchdruckerei 1.80 M., bei Büromapen 1.
Buchdruckerei 1.80 M., bei Buchdruckerei im Verlag 2.00 M.
Monatspreis 80 Pf., Illustrationen 10 Pf., Belehrungen 20 Pf.
Wochentageblatt 10 Pf., Illustrationen 10 Pf., Belehrungen 20 Pf.
Wochenbericht 10 Pf., Illustrationen 10 Pf., Belehrungen 20 Pf.
Wochenbericht 10 Pf., Illustrationen 10 Pf., Belehrungen 20 Pf.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Hof, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Frankenberg und der Gemeinde Niederwiesa

Notizen und Verlag: C. G. Rosberg (Inhaber Ernst Rosberg jun.) in Frankenberg. — Verantwortlich für die Redaktion: Karl Siegel, Frankenberg

Nr. 256

Sonntag den 1. November 1924 nachmittags

83. Jahrgang

Der Eindruck der englischen Wahlen in Berlin

Absolute Mehrheit der Konservativen

Von unserem Berliner Vertreter.

Die Wahlniederlage der englischen Arbeiterrégierung war allgemein von den Berliner politischen Kreisen erwartet worden und hat daher keinerlei Überraschung hervorgerufen. Man hat sich auch inzwischen bereits darauf eingestellt, daß mit einer grundsätzlichen Auseinandersetzung der englischen Außenpolitik zu rechnen ist, die nicht ohne bestimmte Auswirkungen auf Deutschland bleiben kann. In den rechtsliegenden politischen Kreisen ist man der Meinung, daß gerade durch den Ausfall der Wahlen in England die Aussichten einer Rechtsdienstlerung der deutschen Politik sich außerordentlich geöffnet haben und daß eine nach rechts erweiterte Reichsregierung leichter Schwierigkeiten, sondern eher Unterstützung in England finden würde. Der bevorstehende Kurs MacDonalts wird jedenfalls die unter der Arbeiterrégierung eingesetzte Aera der ausgesprochenen demokratischen Entwicklung der europäischen Politik unterbrechen und einen neuen Kurs einführen, der sehr wahrscheinlich auch die Zustimmung in Frankreich in absehbarer Zeit bejubeln würde.

Die grundlegende Bedeutung des Wahlerfolges der englischen Konservativen liegt darin, daß die Verständigungspolitik MacDonalts nicht etwa als gescheitert anzusehen ist, sondern daß gerade diese Politik auch von den bürgerlichen Parteien Englands in verdecktem Maße fortgesetzt werden soll. Der Unterschied zeigt sich lediglich in der Behandlung Englands, das in den englischen bürgerlichen Parteien einen unverhüllten Gegner bleibt, als es MacDonalds verdeckt haben, daß er den englisch-russischen Vertrag abgeschlossen hat. Die Befürchtungen Englands vor einer kontinental-politischen Entwicklung in Frankreich und Deutschland sind jedoch viel zu groß, als daß eine neue englische Regierung es unternehmen könnte, die Außenpolitik MacDonalts in Spanien und Bogen zu verbanen. In den Kreisen des klassischen Amtes besteht der Eindruck, daß die europäische Sache lediglich dadurch vor neue Tatsachen gestellt werden kann, wenn die englischen Konservativen neuerdings die Frage der ausgesprochenen Schutzhollpolitik in den Vordergrund treten lassen. Dadurch könnte eine wesentliche Erweiterung bei den wirtschaftlichen Verhandlungen zwischen Deutschland und England eintreten, denn die Hollpolitik Englands steht in einem vollkommenen Gegensatz zu den handelspolitischen Interessen Deutschlands, das kaum in der Lage sein würde, ohne auf der Grundlage der Weißbegünstigung ein Abkommen mit England zu treffen.

Das Ergebnis der englischen Wahlen.

Wie der amtliche englische Funksprach meldet, haben bisher die Konservativen 406 Sitze, die Liberalen und die Arbeitspartei zusammen nur etwa 200 Sitze errungen. Die somit von den Konservativen erreichte Mehrheit ist die größte seit 1882. Die Arbeitspartei hat bisher 40 Sitze verloren. Die Stellung MacDonalts im Parlament wird als völlig erschüttert angesehen, so daß es ihm schwer fallen wird, sich von dem Vorwurf zu rechtfertigen, der ihm von einem Konservativen gemacht wurde, er habe mit den Börsenschwierigen gegen die Königliche Regierung gemeinsame Sache gemacht. Trotz der großen Niederlage hat die Arbeitspartei bisher noch fünf Millionen Stimmen errungen.

Großtiger Rücktritt des Kabinetts Macdonald?

MacDonald hat eine Kabinettsschaffung erläutert. Es bleibt abzuwarten, ob er sofort dem König seinen Rücktritt unterbreiten wird. Der König wird dann Baldwin auffordern, eine konservative Regierung zu bilden, und Baldwin wird den Auftrag annehmen. Im Kabinett besteht Stimmmung, bis zum Zusammentritt des Parlaments im Januar zu bleiben. MacDonald habe versprochen, sofort nach der Wahl die Sino-Suez-Affäre gründlich zu untersuchen, und das könne er nicht, wenn das Kabinett bestimmt. MacDonald selbst soll für sofortigen Rücktritt sorgen, da er müde und abgepanzt sei und sich noch Ruhe lege. Bemerkenswert ist, daß sofort, nachdem das Resultat der Wahlen in New York bekannt wurde, das Pfand Sterling in die Höhe ging.

Was geschieht mit der Rentenbank?

In der Central-Kommission der Preußischen Genossenschaftskasse wurde die Frage der fünfzig Funktionen der Rentenbank eingehend erörtert. Ein Beschluss, ob die Rentenbank, wie vorgesehen, als Kreditinstitut für die Landwirtschaft weiter bestehen bleiben sollte, wurde nicht gefasst. Die Meinungen gingen erheblich auseinander. Ein Fortbestehen der Rentenbank als der weiteren Kreditquelle für die Landwirtschaft steht man in den beteiligten Kreisen nicht ungegen, da man glaubt, daß es für den Kreditnehmer, in diesem Falle für die Landwirtschaft, nicht ungünstig sein würde, wenn zwei Institute als Konkurrenten am Markt wären. Eine prinzipielle Lösung konnte natürlich nicht gefasst werden, da die Funktionen der Rentenbank geschäftlich geregelt sind und nur durch Verlust des Reichstags geändert werden können. Es wurde allerdings besont, daß angeblich der schon jetzt schweren Gewicht der Landwirtschaft und im Interesse einer Wiederherstellung klarer Grundlagen für den landwirtschaftlichen Kredit in dieser Linie angestrebt werden muß, die Rentenbankbelastung soviel wie möglich wieder aufzuheben und, solange sie noch besteht, die von der Landwirtschaft zu entrichtende Abgabe auf das Mindestmaß zu beschränken. In der Resolution wurde be-

Die französische Presse.

urteilt über den Ausgang der englischen Wahlen nicht gleichmäßig. Ein Teil der Rechtsblätter erwartet von der Niederlage MacDonalts einen heilsamen Einfluß auf die französische Politik, die Organe der Linksparteien dagegen glauben nicht, daß das Wahlergebnis einen wesentlichen Einfluss auf die Außenpolitik auslösen werde. — „Velt Pariser“ sagt, die Wahlniederlage von 1923 habe im gewissen Sinne die Rivalität der konservativen Partei wiederhergestellt. Man könne deshalb mit Sicherheit annehmen, daß in das Kabinett, das jetzt gebildet werde, einige ehemalige Mitarbeiter von Lloyd George eintreten würden, wie Birkenhead und Austin Chamberlain. — „Matin“ sagt: Was die auswärtigen Angelegenheiten anlangt, so ist es sicher, daß nunmehr in allen Fragen, die zu einem Konflikt führen können, England viel weniger feindlich wirkt, sich seinem Streitkraft zu bedienen. Im Übrigen ist Baldwin in *Amisla persona grata*; er wird versuchen, sich mit den Vereinigten Staaten gut zu stellen, was auch eine Politik der engen Zusammenarbeit mit den Dominions bedeutet wird. — „Journal Industriel“ sagt, die Reaktion, die in England eingetreten sei, werde das Kabinett herzlich lehnen, von nun ab etwas mehr die Notwendigkeit der Weltlichkeit zu begreifen. — „Le Journal“ sieht: Die Mäßigung einer rein konservativen Mehrheit wird zur Bildung einer Regierung führen, die von den Gründägen her ist, die zur Schaffung der Entente Cordiale geführt haben. — „Le Nouvel“ schreibt, man dürfe sich nicht einbilden, daß die französische Republik nun Trauer an den Tag legen mösse, weil MacDonald aufstieß. Premierminister ist sein. Man erinnere sich, daß der Sozialstaat in Wirklichkeit sei, auf die Initiative Baldwins zurückzuführen sei. Die englische Politik habe in Frankreich Hoffnungen über Befreiungen hervorgerufen. Das Blatt ist davon überzeugt, daß der zulässige englische Ministerpräsident, wer er auch sein möge, sich nicht von der Politik entfernen kann, die den höheren Befreiungen Großbritanniens entspreche, nämlich der Politik Edward VII. — „Peuple“ verzerrt den Standpunkt, daß man noch kein endgültiges Urteil fällen könne. Das Wahlergebnis beweise, daß das englische Volk vor allem wählt, von der dauernden Wirtschaftspolitik bestreit zu sein, die auf ihm laste.

Kommunistenjagd in England

Rotterdam, 31. 10. Wie die Reuters-Agentur meldet, ist der Hauptausschuß der Kommunisten für Sonntag unter Baldwin vorbereitet. Das „Morning Post“, das Blatt Baldwins, kündigt, die erste Regierungshandlung eines neuen mindestens Radikalen werde die Ausweisung aller russischen und deutschen Kommunisten und erforderlichen Unterdrückung der Beziehungen zu Moskau sein. Die „Morning Post“ meldet: Unmittelbar nach den Wahlen hat die kommunistische Partei England ihr Londoner Zentralbürohaus bis auf weiteres geschlossen. Obwohl die Auflösung der Schließung von einer Revolutionsorganisation der Parteileitung heißt, glaubt in London ein Mensch daran. Jedenfalls halten die Kommunisten die sehr richtige Vorausannahme, daß sie, sobald die Regierung Baldwins ans Amt kommt, sowohl und sowohl in die englischen Gefängnisse wandern und daß sie vorziehen, in diesem Falle vorher zu verschwinden. In Londoner Häfen wurden der „Morning Post“ infolge wieder Gewalt- und Plünderungsangriffe die Kommunisten beschuldigt, für die als Empfänger ein Beamter der Sowjetvertretung festgestellt ist.

30. Sovjet-„Vertreter“ nach Berlin

Rotterdam, 31. 10. Der „Tourist“ meldet: Dreißig Vertreter der Bonner Sowjetvertretung angekündigt, daß am Mittwoch abend hier eingetroffen und nach Berlin weiter gereist. Der Grund ihrer Abreise aus Bonn ist nicht bekannt, doch fällt es auf, daß sich unter ihnen 6 bekannte böhmisches Abgeordnete befinden. — Wann wird wohl Deutschland einmal die höher transzendenzen!

tont, daß es nicht wichtig sei, wenn die für die Befriedigung des Kreditbedarfs der Landwirtschaft erforderlichen Mittel im Wege der Zwangsbelastung der Landwirtschaft selbst aufgebracht werden, weil hierzu ja gar keine neuen Mittel geschaffen werden, sondern nur das, was der Landwirt auf der einen Seite ihm verleiht, auf der anderen Seite ihm verleiht wieder zugeführt wird. Wenn die Rentenbank Aribote an die Landwirtschaft gibt, so muß dies Überorganisation vermieden werden. Professor Dr. Schäfer hat auch jetzt wieder gegen eine solche Überorganisation im Kreislauf ein. Weite Kreise der Landwirtschaft fordern mit Recht, daß die Verteilung des Rentenbankmittels, wenn es sich um Personalkredite handelt, der Preußenkasse übertragen wird, die sich in einer sozialen Tätigkeit als Kreditinstitut für den größten Teil der Landwirtschaft voll bewährt hat.

Wenn von anderer Seite besont wird, daß die Geschäftigung einer anderen Kreditlinie für Neukredite der Landwirtschaft genügt wird, so sollte der Ausschluß zu dieser primitivsten Form keine direkte Stellung nehmen, da die Anzahl nicht unterschreigt ist, daß eine solche Kreditlinie eine genügende Geschäftigung auf dem Kreditmarkt bringen muß. Die Vorauflösung für diese Lösung wird allerdings bestreit, daß die zu erzielende neue Anzahl geschicklich auf die An-

zahlige wechselt. Der Grundpreis für die 80 um dreieinhalb Prozent teurer 80 Goldmark, für die 160 um dreieinhalb Preise 80 Goldmark. Bei 80 um dreieinhalb Preise 80 Goldmark. Nicht zu sagen hat bei Rechts zu bestehen. Die Kasse 80 um Verminderung 1 auf 80 Goldmark. — Für kleinere Sparten und für Kleinstbetriebe nichts. Bei größeren Kästen und im Wettbewerbsteuer nichts. Bei größeren Kästen und im Wettbewerbsteuer nichts. Bei größeren Kästen und im Wettbewerbsteuer nichts.

gabten für eine engbegrenzte Zahl zentraler Kreditinstitute beschränkt wird und daß die Preußenkasse durch die Ausweitung einer ihrem ausgedehnten landwirtschaftlichen Kundenkreis entsprechenden Quote an den zu verteilenden Mitteln gescheitert wird. Ferner wird gefordert, daß die von der Anzahl mit ihr in Verbindung stehenden zentralen Kreditinstitute berechneten Zinssätze für jede Kategorie so bemessen werden, daß bei allen der zentralen Kreditinstitute den gleichen Zinsatz zahlt. Außerdem wird eine Vertretung der Preußenkasse in der Verwaltung der Anzahl gesucht oder zumindest möglich gehandelt.

Vor einer neuen Verbündungsaktion der Reichsregierung.

Die mannschen Beschwerden und Forderungen der Gewerkschaften, die in der letzten Zeit an die Reichsregierung gelangt sind, haben sie veranlaßt, eine neue Verbündungsaktion vorzubereiten, wodurch die Verbündungen im einzelnen noch nicht abgeschlossen sind. Die Reichsregierung steht auf dem Standpunkt, daß eine Gewährung der Lohnforderungen, die vor allem von den Eisenbahnerinnen und Arbeitern wieder mit großer Dringlichkeit erfordert wurden, den Erfolg der Sanierung der deutschen Finanzen erheblich gefährdet hätte. Sie erkennt dagegen an, daß die Kostensteigerung bestiegen ist, daß es den erarbeitenden Schichten nicht länger angemessen werden kann, unter diesen Verhältnissen mit ihrem ungerechten Einkommen zu leben. Unter den Gewerkschaften, die zum Vorsitzenden der Teweringe gekoalzt sind, wird die Forderung aller Lebensmittel von der Ursprungszone eine große Rolle spielen, wie sie bereits vor einiger Zeit von dem Gewerkschaftsbund in einer Debatte angezeigt worden ist. Weitschin hat sich die Anglerung mit einigen Syndikaten in Verbindung gesetzt, um auf dessen Besitzpolitik einen Brud einzuladen, und vor allem die wichtigen Verbraucherkomitees des öffentlichen Lebens, darunter Polizei und Verkehrsgegenstände, wieder zu erträglichen Preisen liefern zu lassen. Man rechnet damit, daß Mitte des nächsten Monats die Beratungen abgeschlossen sind, und die Reichsregierung mit ihren fertigen Plänen an die Reichstagssitzung tritt.

Ludendorffs Konsult mit Rupprecht von Bayern

Bericht der bayrischen Generale gegen Ludendorff. München, 31. 10. Zu dem Konsult zwischen Kronprinz Rupprecht und General Ludendorff gibt General Krafft von Delmeningen im Auftrag des Vorsitzenden der Versammlung der bayrischen Generale eine Erklärung ab, in der ausgeführt wird, daß der Kronprinz Rupprecht wegen einer ihm von General Ludendorff zugestandenen Beleidigung ein Ehrengericht gegen Ludendorff beantragt hatte. Dieser hatte als Verteidigung verlangt, daß sich auch der Kronprinz dem Ehrengericht unterwerfe, und daß das Ehrengericht nur mit preußischen Generälen zu bestrafen sei. Kronprinz Rupprecht zog darauf die Dienststellen Generale der ehemaligen königlich-bayerischen Armee zurück, die sich gegen eine Unterstellung unter ein Ehrengericht und insbesondere gegen die Zusammenziehung des Ehrengerichts aus niedrigen Offizieren aussprachen. Nachdem dann Kronprinz Rupprecht es abgelehnt hatte, sich einem Ehrengericht preußischer Generäle zu unterwerfen, lehnte auch Ludendorff das gegen ihn eindringliche Ehrengericht ab. Nunmehr ist von den bayrischen Generälen ein Besluß gefasst worden, in welchem sie erklärten, daß sie sich gegenseitig leben, fernher die Einheitsgemeinschaft mit General Ludendorff abzulehnen. Damit ist Ludendorff gerichtet.

Kongress der deutschen Minderheiten in Berlin.

Am 4. November werden die deutschen Minderheiten aus dem europäischen Auslandstaaten in Berlin zu einer Konferenz zusammenziehen, zu der auch die Reichsregierung Vertreter entsenden wird. Es handelt sich darum, angeholt der befürworten in Polen und in Rumänien ständig wachsenden Unterdrückung der deutschen Minderheiten über ein einheitliches Vorgehen zu beraten, das im Einvernehmen mit der Reichsregierung erfolgen soll. Die deutschen Minderheiten wollen mit der Reichsregierung über die Mittel und Wege beraten, wie am besten ein wirtschaftlich wichtiger Minderheitenkongress durchgeführt werden kann und welche Schritte zunächst bei den betreffenden Regierungen zu ergriffen sind. Als letztes Mittel kann dann die Aufrufung des Volksbundes in Frage, aber da erfahrungsgemäß das Einvernehmen des Volksbundes immer erst mit großer Verzögerung erfolgt, bestehen die Minderheiten darauf, daß die Reichsregierung bereits vorher sich aller Mittel bedient, um bei den betreffenden Regierungen eine gerechte Behandlung der Deutschen durchzusetzen und vor allem auch die wirtschaftlichen Druckmittel einzunehmen, die angeholt der befürworten Handelsvertragsverhandlungen der Reichsregierung zur Verfügung stehen.

Großfeuer im japanischen Erdbebengebiet.

Nach Telegrammen aus Tokio verbreitete sich ein vereinendes Feuer über den ehemaligen Kaiserpalast Hama. Durch das Feuer wurden über 700 Wohnhäuser zerstört, die für die Erdbeben betroffenen Flüchtlinge erledigt waren. Etwa 5000 der Flüchtlinge sind jetzt ernst bedroht. Mehrere Personen kamen in den Flammen um. Der starke Wind hielt das Feuer von dem Gefäßstapel der Stadt fern. Die Flammen verbreiteten sich mit solcher Schnelligkeit, daß die Feuerwehr hilflos war, während sie alle mögliche Unterstützung zur Bekämpfung der Flammen herbeizogen hatte.